

Anfragen zum Plenum in der 48. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER)

In Bezug auf das geplante Ersatzfließgewässer links der Isar, Verwaltungsgemeinschaft Oberpörling/Lkr.Deggendorf frage ich die Staatsregierung, warum die Bedenken von vielen hundert Anliegern nicht ernst genommen werden, dass dieses Ersatzfließgewässer in der geplanten Ausführung dazu führen wird, dass bei Hochwasser ein verstärkter Rückstau von Gewässern wie Laillinger Bach, Reißinger Bach und Mooskanal Überflutungen von Siedlungen, Kellervernässungen, Beeinträchtigung des Abflusses von Kläranlagen etc. verursachen wird, was tut die Staatsregierung, um diese drohenden Schäden zu verhindern und ist mit einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Vertretern der Ämter, Behörden und der Staatsregierung mit den Betroffenen vor Ort zu rechnen?

**Prof. (Univ. Lima) Dr.
Peter Bauer**
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wann entfällt bzw. endet die mit der Firma Patrizia notariell vereinbarte Sozialcharta für alle GBW-Wohnungen, wie viele Mieterinnen und Mieter sind in Bayern davon betroffen und was gedenkt die Staatsregierung konkret zu tun, um soziale Härten zu verhindern?

Susann Biedefeld
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Kriterien muss eine Grund- bzw. Förderschule erfüllen, um einen Zuschuss zur Förderung betreuter Frühstücksangebote zu erhalten, wie hoch ist die Förderung und kann die Grund- und Mittelschule Bad Rodach, an welcher der Elternbeirat zweimal im Jahr (seit ca. acht bis zehn Jahren) allen Schülerinnen und Schülern ein gemeinsames, betreutes und gesundes Frühstück anbietet, mit einer Förderung rechnen?

Florian von Brunn
(SPD)

Bezugnehmend auf die Antwort des Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann auf meine Anfrage zum Plenum vom 24. November 2016 (Drs. 17/14451), frage ich die Staatsregierung, weshalb die Abschlussberichte der Arbeitsgruppe Stalking vom 11. Dezember 2012 und der Bayerischen Polizei aus dem zweiten Halbjahr 2015 hinsichtlich des Optimierungsbedarfs des polizeilichen bzw. staatlichen Umgangs mit Stalking-Fällen in Bayern, aufbauend auf den „Rahmenvorgaben zur Bekämpfung

der häuslichen Gewalt und damit in Zusammenhang stehenden Stalking-Fällen“, nicht der Öffentlichkeit vorgestellt wurden, weshalb die in dem Abschlussbericht aus dem Jahr 2012 vorgeschlagenen Maßnahmen nicht umgesetzt wurden, sondern ein weiterer Bericht der Arbeitsgruppe für das zweite Halbjahr 2015 angefordert wurde, und welche konkreten Maßnahmen bzgl. des Optimierungsbedarfs – wie verpflichtende Beschulung, Optimierung der Anzeigenqualität, Gewährleistung der Erreichbarkeit, Verbesserung der Datensicherung, Schulung der Sachbearbeiter, Einbeziehung des Phänomens Cyber-Stalking – im polizeilichen Bereich ergriffen wurden?

Kerstin Celina
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie die Forderung des Landesheimrates nach einer Änderung der Praxis der Heranziehung des Einkommens von Jugendlichen als Kostenbeitrag zur stationären Unterbringung in der Jugendhilfe nach § 94 Abs.6 des Achten Sozialgesetzbuches (SGB VIII) und welche Auswirkungen hätte die Umsetzung der geforderten Senkung der Höchstgrenze der Heranziehung auf 50 Prozent des Einkommens und die Gewährung eines Freibetrags von 250 Euro im Monat zur freien Verfügung des Jugendlichen auf die Finanzierung der vollstationären Jugendhilfeleistungen in Bayern?

Dr. Sepp Dürr
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, ob die Beihilfearbeitung der bayerischen staatlichen Beihilfestellen inzwischen vollständig digitalisiert wurde, ob die computergestützte Rechnungsprüfung (CRP) bereits in das Beihilfefestsetzungsverfahren eingebunden wurde und wie weit die Tätigkeit der im Dezember 2014 auf Ministeriumsebene eingerichteten Arbeitsgruppe „Digitalisierung Beihilfe“ fortgeschritten ist?

Dr. Hans Jürgen Fahn
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, sind im Entwurf für den Doppelhaushalt 2017/2018 Haushaltsmittel im Sinne einer Grundfinanzierung auch für das Technologietransferzentrum „Zentrum für Wissenschaftliche Services und Transfer“ (ZeWiS) bereitgestellt bzw. vorgesehen (Angabe bitte unter Nennung der entsprechenden Titelgruppen und des Titels), wenn ja, auf welche Höhe belaufen sich diese und liegt dem Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst bereits der schriftliche Bericht über die Evaluierung mit einer entsprechenden Bewertung (bitte Nennung) vor, die im Juni 2016 stattgefunden hat?

Günther Felbinger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schülerinnen und Schüler haben in den Schuljahren von 2012/2013 bis 2015/2016 erfolgreich den mittleren Schulabschluss an der Realschule in den Wahlpflichtfächergruppen I (mathematisch-naturwissenschaftlich-technischer Bereich), II (wirtschaftlicher Bereich), IIIa (zweite Fremdsprache Französisch) bzw. IIIb (musisch gestaltender oder hauswirtschaftlicher oder sozialer Bereich) bestanden bzw. nicht bestanden (bitte aufschlüsseln nach den entsprechenden Wahlpflichtfächergruppen, dem jeweiligen Schuljahr und nach den Regierungsbezirken), welche staatlichen Realschulen erhielten zum aktuellen Schuljahr 2016/2017 eine Ausnahmegenehmi-

gung des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst zur Einrichtung der Wahlpflichtfächergruppe IIIb aufgrund der Tatsache, dass die erforderliche Mindestzahl an Schülerinnen und Schülern zur Bildung der Wahlpflichtfächergruppe IIIa nicht zustande kam (bitte die entsprechenden staatlichen Realschulen benennen und mit Regierungsbezirk und Landkreis angeben) und gibt es Planungen der Staatsregierung, die bestehende Kopplung der Wahlpflichtfächergruppe IIIb an die Wahlpflichtfächergruppe IIIa aufzuheben?“

Markus Ganserer
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Anstrengungen unternimmt sie, die Lkw-Lärm- und Schadstoffbelastung auf der Inntalautobahn zwischen Rosenheim und Kiefersfelden zu minimieren, wie steht die Staatsregierung zu einer Verlängerung der Rollenden Landstraße (ROLA) über Wörgl hinaus, nachdem ab 1. November 2016 die Kapazität des ROLA-Shuttles Wörgl-Brenner um rund dreißig Prozent erhöht wird – d.h., dass zu den bestehenden 30 Verbindungen täglich acht Züge zusätzlich für Buchungen zur Verfügung stehen –, wie ist der Stand in Sachen Eisenbahnausbau zwischen Rosenheim und der Grenze zwischen Deutschland und Österreich, nachdem man von der Staatsregierung gar nichts zum am 1. November 2016 in Kraft tretenden sektoralen Fahrverbot in Tirol hört?

Thomas Gehring
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Regelungen gelten für den Schwimmunterricht in Freibädern, Naturbädern und/oder Badeseen hinsichtlich Wassertemperatur, Gruppengröße, Betreuung, Einsehbarkeit, welche weiteren Vorgaben sind möglicherweise einzuhalten, um den Schwimmunterricht bayerischer Schulen in einem der genannten Gewässer durchführen zu können und von wem wird eine abschließende Entscheidung getroffen (bitte auch das Prozedere angeben)?

Eva Gottstein
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie wurden die durch den Nachtragshaushalt 2016 zusätzlich geschaffenen Stellen bei der Bayerischen Polizei auf die einzelnen Polizeipräsidien verteilt und falls das noch nicht geschehen ist, wann ist mit der Zuordnung zu rechnen?

Ludwig Hartmann
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele der bisher gestellten Anträge im Rahmen des 10.000-Häuser-Programms wurden bisher bewilligt, wie verteilen sich die bisher gestellten Anträge auf die Monate seit Beginn des Programms (Mitte September 2015 bis Ende November 2016) und welche Maßnahmen wurden in den beiden Programmteilen „Heizungstausch“ und „EnergieSystem-Haus“ konkret bewilligt (bitte geförderte Einzelmaßnahmen nach Häufigkeit aufschlüsseln, vgl. Schriftliche Anfrage „Zwischenbilanz und Umsetzung des 10.000-Häuser-Programms“ unter Drs. 17/10883, Antwort 1c)?

Dr. Leopold Herz
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ist es richtig, dass eine Genehmigung gemäß § 15 und § 16 des Direktzahlungen-Durchführungsgesetzes (DirektZahlDurchfG) sowie §§ 19 bis 23 der Direktzahlungen-Durchführungsverordnung (DirektZahlDurchfV)

eingeholt werden muss, wenn ein Landwirt genehmigungsfreie Fahrsilokammern gemäß Art. 57 Abs. 1 Nr. 6f der Bayerischen Bauordnung (BayBO) errichten möchte, bei welchen weiteren Bauvorhaben bedarf es einer Genehmigung nach dem Direktzahlungen-Durchführungsgesetzes und der Direktzahlungen-Durchführungsverordnung und ist die Staatsregierung nicht der Ansicht, dass dies zu einem unverhältnismäßigen hohen Aufwand führt?

Erwin Huber
(CSU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele sog. Reichsbürger gibt es schätzungsweise in Niederbayern und aus welchen Gründen haben überdurchschnittlich viele einen Waffenschein?

Christine Kamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, warum aktuell von den zentralen Ausländerbehörden für Asylsuchende aus „sicheren“ wie auch aus anderen Herkunftsländern Grenzübertrittsbescheinigungen anstatt Duldungen ausgestellt werden, welche konkreten Konsequenzen sich daraus für die Flüchtlinge (hinsichtlich der Arbeitsgenehmigungserteilung und -verlängerung, Wohnsitzzuweisung und Residenzpflicht) ergeben und warum senegalische Flüchtlinge, die trotz einer nur vagen und nicht bindenden Vereinbarung des EU-Kommissars Dimitris Avramopoulos mit dem senegalesischen Staatspräsidenten Chérif Macky Sall vom August 2016 zu einer vorgeblichen Expertenanhörung zur Klärung der Identität von Asylbewerberinnen und -bewerbern vorgeblich aus der Republik Senegal eingeladen worden waren, bei nicht Zustandekommen des Termins nicht wieder benachrichtigt werden?

Annette Karl
(SPD)

Nachdem in der Beantwortung meiner Schriftlichen Anfrage „Verstärkte Sicherung der Autobahn A 93 zwischen Mitterteich und Pechbrunn“ vom 16. Juli 2015 (Drs. 17/7988) das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr ausgeführt hatte, dass der Abschnitt Mitterteich-Pechbrunn der A 93 noch im Herbst 2015 im Mittelstreifen mit einem durchbruchsischerem System ausgestattet werden soll, bei dem neuerlichen Lkw-Unfall am 23. November 2016 mit einem Mittelstreifendurchbruch auf den Pressefotos deutlich wird, dass in diesem Abschnitt weiterhin Doppeldistanzschutzplanken nach alten Standard verbaut sind, frage ich die Staatsregierung, warum die angekündigte Modernisierung noch nicht durchgeführt worden ist?

Günther Knoblauch
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, unter welchen Umständen können die 60 Mio. Euro Bundesmittel für die Koordination der Ehrenamtlichen im Flüchtlingsbereich von Kommunen bzw. Landkreisen abgerufen werden, wo können sie abgerufen werden und wie viel kann eine Kommune bzw. ein Landkreis im besten Fall erhalten?

Nikolaus Kraus
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wann wurden genau die KULAP-Maßnahmen (KULAP = Kulturlandschaftsprogramm) für die Antragsstellung 2017 veröffentlicht, und warum können diese nicht bereits im Juni bzw. im Juli 2015 veröffentlicht werden, sodass die Antragsteller ihre Anbauplanung dementsprechend gestalten können?

Ulrich Leiner
(GRU)

Nachdem für die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse von Krankenpflegerinnen und Krankenpflegern alle Bezirksregierungen zuständig sind, frage ich die Staatsregierung, wie ist die durchschnittliche Bearbeitungsdauer der Anträge von Krankenpflegerinnen und Krankenpflegern nach vollständiger Vorlage der Unterlagen für die Nicht-EU-Staaten-Antragstellerinnen bzw. -Antragsteller und für die EU-/EWR-Antragstellerinnen bzw. -Antragsteller in den jeweiligen Regierungsbezirken aktuell und kann es vorkommen, dass Anträge im Bereich der Altenpflege nicht nur in Oberfranken, sondern auch von anderen Bezirksregierungen bearbeitet werden?

Andreas Lotte
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, zu welchen Erkenntnissen hat der jeweilige Austausch mit den Verwaltungen von Hamburg und München hinsichtlich der Überarbeitung des Zweckentfremdungsgesetzes für Wohnraum für die Staatsregierung geführt, welche konkreten Erkenntnisse werden in den Gesetzentwurf eingearbeitet und zu welchem Datum kann mit einem fertigen Gesetzentwurf gerechnet werden?

Peter Meyer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie begründet sie die Nichtbeachtung des Verbandes der Sinti und Roma bei der Neubesetzung der Rundfunkgremien in ihrem entsprechenden Gesetzentwurf (Drs. 17/13224)?

Jürgen Mistol
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie genau sieht die Vereinbarung zwischen der Staatsregierung und den Bezirken bei der Kostenübernahme ab 2017 für die (ehemaligen) unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (UMF) aus, welche Auswirkungen hat diese Vereinbarung auf die Standards der Versorgung und Betreuung der (ehemaligen) UMF und wie hoch wird die Kostenbeteiligung der Staatsregierung in den Jahren 2017 und 2018 für die Versorgung und Betreuung der (ehemaligen) UMF bis 18 und über 18 Jahren sein?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, mit welchem Finanzbedarf sie für die aktuelle Sanierung (Ersatz- oder Neubau von Schulen in den bayerischen Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten) rechnet, wie viele Schülerinnen und Schüler aufgrund von Raumnot, Sanierungsmaßnahmen o.ä. in den Schuljahren 2015/2016 und 2016/2017 in Containern unterrichtet wurden bzw. werden und wie Kommunen, die unter Haushaltsaufsicht stehen, an dem kommunalen Investitionsprogramm, für das die Bundesregierung eine Aufstockung plant, teilnehmen können?

Alexander Muthmann
(FREIE WÄHLER)

Nachdem zu erwarten ist, dass im Doppelhaushalt 2017/2018 sowohl für das Jahr 2017 als auch für das Jahr 2018 jeweils 500 zusätzliche Anwärterstellen für den Polizeivollzugsdienst geschaffen werden, frage ich die Staatsregierung, an welchen Ausbildungsstandorten diese Polizisten ausgebildet werden, wie der Bedarf an Wohnraum, Verwaltungs- und Unterrichtsräumen an den jeweiligen Standorten gedeckt werden soll (z.B. bestehende Gebäude, Erweiterungsbauten oder Container) und welche Kosten

dafür in den nächsten Jahren, insbesondere 2017 und 2018, voraussichtlich anfallen werden?

Thomas Mütze
(GRU)

Da nach meinen Informationen das bayerische Landeserziehungsgeld sowie das Betreuungsgeld bei Harz IV-Empfängerinnen und -Empfängern voll angerechnet wird und sich damit die Leistungen der Jobcenter verringern, also Bundesmittel eingespart werden, frage ich die Staatsregierung, für wie viele Landeserziehungsgeld- bzw. Betreuungsgeldempfängerinnen und -empfänger dies zutrifft, wie hoch die Entlastung des Bundeshaushalts durch die Zahlung des bayerischen Landeserziehungsgeldes bzw. Betreuungsgelds im Jahr 2016 durchschnittlich monatlich ist und wie dieser Aspekt bei der Haltung der Staatsregierung, die Leistung aufrecht erhalten zu wollen, berücksichtigt wurde?

Kathi Petersen
(SPD)

Vor dem Hintergrund eines vom Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr angekündigten Schreibens an die Ausländerbehörden, in dem die Weisung zur Auslegung des Bundesintegrationsgesetzes bezüglich der sog. 3+2-Regelung erläutert werden soll, frage ich die Staatsregierung, wie viele im Regierungsbezirk Unterfranken begonnene Ausbildungen seit Inkrafttreten der Weisung im September 2016 abgebrochen werden mussten (bitte aufgeteilt nach Landkreisen und kreisfreien Städten sowie nach behördlicher Begründung), wie viele Ausbildungsverträge vonseiten der Ausländerbehörden gar nicht erst genehmigt worden sind (bitte aufgeteilt nach Landkreise und kreisfreien Städten sowie behördlicher Begründung) und wie viele Abschiebungen es in dem Zeitraum seit Inkrafttreten der Weisung diesbezüglich gegeben hat?

Prof. Dr. Michael Piazzolo
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele derzeit in Bayern – aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken und der Landeshauptstadt München – lebende oder gemeldete Personen fallen generell unter den Anwendungsbereich des Art. 2 des Gesetzentwurfs für ein Bayerisches Integrationsgesetz (BayIntG), unterschieden nach Asylbewerberinnen und -bewerbern gem. dem Grundrecht auf Asyl, Flüchtlingen gemäß der Genfer Flüchtlings-Konvention, Migranten, EU-Bürgern und Deutschen entsprechend der Bestimmung Art. 2 Abs. 3 des Gesetzentwurfs für ein Bayerisches Integrationsgesetz?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Fachakademien für Sozialpädagogik in Bayern stellen derzeit den Studierenden die Praxisbesuche im Rahmen der Erzieherausbildung mit einer Kilometergeldregelung in Rechnung, ab welcher Entfernung der Ausbildungsstätten zur Fachakademie gilt die Kilometergeldregelung jeweils, und wie bewertet die Staatsregierung diese Regelung?

Florian Ritter
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Maßnahmen hat sie ergriffen, um zu überprüfen, ob auch Beschäftigte des Freistaates Bayern, außerhalb der Polizei, Anhänger der Reichsbürgerideologie sind, wie erklärt sich die Staatsregierung die besonders hohe Quote von Waffenerlaubnissen der mittlerweile bekannten Anhänger der Reichsbürgerideologie und welche Erkenntnisse hat

die sie zu illegalem Waffenbesitz bei Anhängern der Reichsbürgerideologie?

Georg Rosenthal
(SPD)

Nachdem einige bayerische Hochschulen bereits digitale Unterrichtsmaterialien aus dem Netz nehmen mussten, frage ich die Staatsregierung, was sie gegen das bürokratische Monster der Verwertungsgesellschaft Wort (VG Wort) zu unternehmen gedenkt?

Franz Schindler
(SPD)

Da sich die zuständigen Behörden gemäß Art. 5 Abs. 5 des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes (GDVG) zur Abnahme der Apotheken und zu ihrer Überwachung hinsichtlich der Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Arzneimittelversorgung der Bevölkerung sachverständiger Apotheker, sog. Pharmazieräte, bedienen sollen, frage ich die Staatsregierung, nach welchen Kriterien Pharmazieräte ausgewählt werden, ob in allen Regierungsbezirken Pharmazieräte bestellt sind und wie die Tätigkeit der Pharmazieräte überwacht wird?

Gabi Schmidt
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele disziplinarische Maßnahmen (Rügen, Verweise etc.) gab es in Bayern wegen Zuwiderhandlung gegen Art. 56 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen – BayEUG (unerlaubte Nutzung eines Mobiltelefons im schulischen Kontext) im Schuljahr 2015/2016 (aufgegliedert nach Schularten und Regierungsbezirken) und wie viele Stunden Mediens Schulung gab es für die bayerischen Schülerinnen und Schüler im selben Zeitraum (nach Schularten und Regierungsbezirken)?

Katharina Schulze
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schulungen explizit zum Thema „Reichsbürger“ bei der Bayerischen Polizei in den Jahren 2015 und 2016 stattgefunden haben (bitte nach Datum, Ort und Teilnehmerzahl aufschlüsseln) und wie viele bayerische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Jahr 2016 aufgrund ihrer ideologischen Nähe zur „Reichsbürgerbewegung“ suspendiert wurden (bitte unter Nennung des Datums der Suspendierung, des aktuellen Stands der Ermittlungen und des betroffenen Polizeipräsidiums auflisten) und ob speziell für den Bereich der Polizei - analog zu den internen Hinweisen, die das Staatsministerium der Justiz, laut Antwort der Staatsregierung auf meine Schriftliche Anfrage „Aktivitäten der rechtsextremen 'Reichsbürgerbewegung' in Bayern vom 18. April 2016 (Drs. 17/11736), für den Bereich der Justiz erstellt hat – ein Handbuch für den Umgang mit „Reichsbürgern“ vorliegt (bitte in der Antwort ggf. auf das Datum, seit dem das Handbuch vorliegt, und auf den Inhalt des Handbuchs eingehen)?

Gisela Sengl
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, werden von der Wasserwirtschaftsverwaltung oder den Landwirtschaftsämtern kurz vor Ende der Ausbringungsfristen verstärkt Proben zur Überwachung der Düngerverordnung gezogen, wie hoch ist der Probenanteil kurz vor Ende der Ausbringungsfristen im Vergleich mit den Gesamtproben des Jahres und wo wurden die Proben im Jahr 2016 genommen?

Claudia Stamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie stellt sie sich vor, die mehrere Tausend (von im September 12.000) noch immer nicht besetzten Lehrstellen zu besetzen, wird sie deswegen von ihrem rigiden Kurs in Sachen junger Geflüchteter abweichen und welche fördernden Maßnahmen erfahren Geflüchtete, die bereits erfolgreich Berufsorientierung und -vorbereitung absolviert haben?

Florian Streibl
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wurden im Entwurf für den Doppelhaushalt 2017/2018 die Mittel für das Richard-Strauss-Festival in Garmisch-Partenkirchen erhöht (Angabe bitte unter Nennung der entsprechenden Titelgruppen, des Titels und der Summe), auf welche Höhe belaufen sich die Gesamtmittel der Förderung im aktuellen Doppelhaushalt (bitte Aufschlüsselung nach den beiden Haushaltsjahren), wenn keine Erhöhung vorgesehen ist, wie begründet die Staatsregierung dies vor allem mit Blick auf die notwendige Sicherung des Fortbestehens des Festivals auch über das Jahr 2017 hinaus?

Reinhold Strobl
(SPD)

Da immer wieder behauptet wird, dass Betriebe wegen zu hoher Steuern und speziell auch der Erbschaftssteuer derart belastet werden, dass ihre Existenz bedroht ist, frage ich die Staatsregierung nach konkreten Beispielen zu Schließungen von Betrieben wegen zu hoher Steuerbelastung, z.B. nach Weitergabe an Erben?

Martin Stümpfig
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie die Position des Bund-Länder-Ausschusses Gewerberecht, dass die unentgeltliche oder vergünstigte Abgabe von Speisen und Getränken in Spielhallen verboten sein sollte, hat die Staatsregierung oder die Regierung von Mittelfranken die Kommunen angewiesen, dieses Verbot umzusetzen, wurden oder werden die Ordnungsbehörden des Freistaates Bayern dementsprechend angewiesen?

Jutta Widmann
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, was hat sie auf Bundesebene unternommen, um eine regelmäßige Überprüfung der in § 2a des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG) enthaltenen Wirtschaftsbranchen, insbesondere der Schausteller, auf Aktualität zu erreichen, kann der Freistaat Bayern hier eigenständig Erleichterungen für bestimmte Branchen beschließen oder ist dies nur über den Bund möglich?

Isabell Zacharias
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele internationale Studierende, die nicht in einem EU-Staat ansässig sind, an bayerischen Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften studieren und wie viele Studierende ein Zweitstudium absolvieren?

Benno Zierer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie können durch die Inbetriebnahme von Bodyscannern an den am stärksten frequentierten Sicherheitskontrollstellen des Flughafens München, die in einer Mitteilung der Sicherheitsgesellschaft vom 22. November 2016 für Ende des Jahres 2017 angekündigt wird, die Überprüfungen von Wischproben mittels Spurendetektoren bei der Fluggastkontrolle ersetzt werden, welche technischen Gründe sprechen dagegen, die Spurendetektoren generell mit einer Absaugvorrichtung

auszustatten und welche weiteren Schritte werden konkret unternommen, um die Ursachen für die zahlreichen Krankheitsfälle, die bei Mitarbeitern des Sicherheitspersonals seit August 2015 aufgetreten sind, aufzuklären?